

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verkehr-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesstraße 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Verammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60.

Dienstag, den 12. Juni 1894.

1. Jahrgang.

Verkrachte Selbsthilfe.

Nicht allzufern liegt die Zeit zurück, in welcher die begeistertsten Apostel der Selbsthilfe ihr neues Evangelium in die Kreise der kleinen Leute trugen und dort auch zahlreiche Gläubige fanden. Wie jede neue Theorie die praktische Probe erst bestehen muß, so dauerte es eine ganze Weile, bis die nüchterne Erwägung das gänzlich verkehrte der Schulze-Delitzsch'schen Altheilmittel einsehen lehrte. Krach auf Krach der genossenschaftlichen Erläuterungen erschütterte das Vertrauen in den großen Propheten aus Delitzsch und seine gewiß wohlgemeinten, auf dem Prinzip der Selbsthilfe basirenden Unternehmungen. Was Vassalle in seinem Vassalle-Schulze wissenschaftlich dargelegt, fand seine Bestätigung durch die praktischen Vorkommnisse.

Trotz alledem giebt es auch heute noch Leute, die da glauben, daß die genossenschaftliche Organisation innerhalb des Manchesterthums rettend und helfend für den kleinen und mittleren Bürgerstand wirken könne.

Dem gegenüber dürfte es wohl an der Zeit sein, auf einen neuen Genossenschafts-Krach hinzuweisen, der so recht typisch für das ganze verkehrte System der Selbsthilfe erscheint.

Vor einigen Tagen ist in dem rheinischen Industriezentrum Elberfeld die „Elberfelder Gewerbebank, e. G.“ total bankrott geworden, nachdem sie schon jahrelang auf Kosten kleiner Leute und des ehrlichen Handels und Wandels ihr Leben durch allerlei schwindelhafte Manipulationen künstlich weiter gestützt.

Die Bank war eine der ersten, welche in der Blütheperiode der genossenschaftlichen Theorien und Experimente gegründet wurde. Begeistert traten eine große Anzahl Kleinbürger mit ihren Einzahlungen dem neuen Unternehmen bei. Alle Handwerker, die heute am lautesten nach Junftzwang und Staatshilfe schreien, erhofften damals ihr Heil von der genossenschaftlichen Organisation. So kam es, daß die neue Gründung in der That florirte, weil man ihr unbeschränktes Vertrauen entgegenbrachte. Udele Spieghel's Dachauer Bank konnte anfangs kaum glänzendere Erfolge aufweisen, aber die Rehrseite der Medaille kam sehr bald zum Vorschein.

Im Verlaufe der wirtschaftlichen Entwicklung, des weiteren Fortschreitens des kapitalistischen Produktionsprozesses mußte auch die auf gegenseitiger Unterstützung begründete Genossenschaftsbank wohl oder übel aus ihren engen Grenzen heraustreten. Das Großkapital läßt auch

im Bankwesen ein solch' kleines Institut nicht aufkommen oder wenigstens nicht in idyllischer Beschaulichkeit fortbestehen.

Um die geschäftlichen Angelegenheiten gedehlich fortzuführen, war die Genossenschaftsbank genöthigt, aus ihren Grenzen herauszugehen, wenn sie überhaupt lebensfähig bleiben wollte, mit anderen Worten: sie mußte ihren eigentlichen Charakter ablegen und in die Reihe der kapitalistischen Unternehmungen treten.

Als die bethörten Kleinbürger noch in ihren Illusionen von Selbsthilfe schwelgten, war ihre Bank schon längst dem Einflusse des allmächtigen Kapitals verfallen.

Der damalige Direktor — heute ein medlenburgischer Hofjahnarzt — wußte der allgewaltigen Konkurrenz gegenüber keinen anderen Ausweg, als gleichfalls nach privatkapitalistischem Muster zu operiren und manipuliren. Das Glück war ihm nicht hold, er war in Folge dessen den Verhältnissen nicht gewachsen. Als Sündenbock fiel er der allgemeinen Entrüstung der Genossen zum Opfer. Er wurde verabschiedet, und an seine Stelle trat ein Materialwaarenhändler, dem seine Thätigkeit in der Armenpflege einigen Ruf verschafft hatte. Den Schaden deckten die hereingefallenen Genossen, die nunmehr in dem neuen Leiter ihren rechten Mann gefunden zu haben glaubten. Dachte doch kein einziger der Interessenten daran, daß der Haupt- und Grundfehler in dem verkehrten System der Selbsthilfe liege! Der neue Direktor fand hier wiederum keine Veranlassung, die zu scheuernden Schäflein über die Sache aufzuklären. Unter seiner Regidie griff eine Geschäftsführung Platz, wie sie ihresgleichen — allerdings in vergrößertem Maßstabe — bei der Panamaaffäre und der Banca romana gefunden.

Das Fortbestehen der Genossenschaft war für die mit ihr verknüpften kleinen Leute eine wirtschaftliche Nothwendigkeit geworden. Das wußte der kluge Direktor, der ganz nach berühmten Mustern im Rathe der Honoratioren eine gewichtige Stimme behauptete und eine Fierde der freisinnigen Partei war.

Zunächst sicherte er sich selbst gegen etwaige spätere Regressansprüche dadurch, daß er seine Immobilien durch Scheinverkauf in Sicherheit brachte. Nachdem so die eigene Haut gesichert war, manipulirte er fort, ganz nach dem Grundsatz: après nous le déluge! — Ein gefügiger Aufsichtsrath und Verwaltungsrath wurde geschaffen und zwar aus kleinen Geschäftsleuten, welche nur bei der Gewerbebank Kredit finden konnten und auch bereitwilligst erhielten, falls sie nur in der Bilanz die Geschäftsleitung mit ihrem Namen deckten und dechargirten.

Natürlich mußte bei solcher Geschäftsführung die Menge unsicherer Wechsel- und Hypothekensforderungen von Tag zu Tage wachsen. Als Sicherheit für faule Wechselgut haben dienten Hypotheken auf Immobilien, die schon überlastet waren. Diese Sicherheiten wurden schließlich bei verwandten Banken wieder als Deponta für Wechsel hinterlegt. So kam es am Ende, daß so ein Wechsel, der kaum etwas anderes als der in der Reichshauptstadt bekannte Typus der Kellerverwechsel war, die Kunde durch die Welt der Genossenschaftsbanken machte. Accepte und Unterschriften nahm man, wo man sie nur bekommen konnte. Was später geschah, kümmerte vorläufig Niemanden.

Natürlich blieb die Sachlage in Kreisen der Fachleute nicht unbekannt; doch was that's. Sie waren nicht geschädigt. Wochten die besser situirten kleineren Leute zusehen, wie sie mit ihrer Bank zurecht kamen!

Eine Anzeige, welche schon im Jahre 1884 bei der Rgl. Staatsanwaltschaft in Elberfeld das verderbliche Treiben klarstellte, wußte der findige Direktor mit seinem Einflusse in höheren Kreisen unschädlich zu machen. Das schwindelhafte Treiben nahm seinen Fortgang, bis vor kurzem der Direktor jener Bank starb. Das Prestige des edeln Bürgers, der Fierde der Ordnungspartei, nahm er noch mit ins Grab, aber nach ihm ist nun die Sündfluth mächtig eingetreten.

Die auf Schulze-Delitzsch'schen Prinzipien gegründete „Gewerbebank, e. G.“ erwies sich vor aller Welt als eine echte und rechte Law'sche Zettelbank. Mit Schrecken sehen nun sehr, sehr viele kleinen Leute sich am Rande des Abgrundes. Ebenso laut, wie sie früher die Selbsthilfe priesen, versuchen sie nun ein System, daß sie in's Verderben führte; auch sie kommen, allerdings für sie selbst zu spät — zu der Erkenntniß, daß die bösen Sozialdemokraten doch Recht behalten. Das Prinzip der Selbsthilfe ist gründlich verkracht, und damit wieder ein neuer, weiterer Schritt in dem kapitalistischen Entwicklungsprozesse gethan.

Was wir heute hier schilderten, ist typisch für das ganze Wesen der Selbsthilfe. Dem einen Krach in Elberfeld werden und müssen noch andere in anderen deutschen Industriestädten folgen.

Den „kleinen Leuten“ aber dürften allgemach die Augen aufgehen, daß sie ihr Heil nicht bei bürgerlichen Quacksalbern zu suchen, auch dasselbe nicht von Junft- und Popsthum, sondern allein von und in dem Sozialismus zu erwarten haben.

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(58. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Schurke wollte Dich entführen? fragte Felix, die Geliebte an seine Brust ziehend.

Ja, erwiderte das arme Mädchen leise. Wäre Helene nicht gewesen — oder wärest Du nicht zur rechten Zeit gekommen — o Felix, theurer Mann, ich mag es nicht ausdenken!

Deshalb also wurde ich verhaftet, deshalb mußte ich ins Gefängniß! Ich war dem Feigling im Wege! Welch' Glück, daß der lebenswürdige Saltstein mich rechtzeitig erlöste! — Fünf Minuten noch und ich wäre zu spät gekommen.

Doch was nun beginnen? fragte Sophia nach einer Pause.

Ein hängliches Schweigen herrschte in dem spärlich erleuchteten Raume.

Volkhofski ging grübelnd auf und ab.

Sophia, begann er endlich, ihre Hand erfassend, bist Du mein starkes, muthiges Mädchen? Meine entschlossene Sophia aus früheren Tagen?

Sie lächelte schwach.

Sprich, sagte sie.

Weißt Du, sprach er weiter, welche Strafe auf der thätlichen Mißhandlung eines Beamten durch einen Verurtheilten steht?

Nein.

Der Tod! erklärte er düster.

Sie schauderte.

Aber hat Euch der Bösewicht nicht zum Aeußersten

getrieben? Ist er nicht auf ungefehlige Weise durch das Fenster hier eingedrungen? Plante er nicht eine Gewaltthat, welche das Gesetz sicherlich streng verbietet?

Helene war es, die diese Frage an Felix richtete.

Wer will ihn richten? gab dieser zurück. Er wird einfach erzählen, daß er Grund gehabt habe, uns zu mißtrauen. Um für seinen Verdacht Verweise zu erhalten, habe er eine nächtliche Inspektion vorgenommen — das Gesetz giebt ihm ja dazu das Recht — da sei er von uns angegriffen und mißhandelt worden.

Aber wäre es denn nicht möglich, daß er aus Klugheit über das Vorkommniß schwiege? Wenn er nicht Ursache zu haben glaubte, die Deffentlichkeit zu scheuen, warum drang er dann heimlich durch das Fenster hier ein und ließ Sophia nicht einfach verhaften?

Weil es ihm sicherer schien, sie ganz verschwinden zu lassen, weil er gegen die Entführte noch weniger Rücksichten zu nehmen brauchte, als die Gefangene. Doch verlieren wir mit diesen Erörterungen keine Zeit mehr. Gereizt, wie er uns jetzt verließ, erfüllt von Rachegefühlen gegen mich, wird er vor keiner Handlung zurückschrecken, umso mehr, als meine Beseitigung ihm Sophia schußlos überliefert. Sophia, zweierlei gilt es zu retten: Deine Ehre und mein Leben!

Wollen wir sterben, Felix?

Noch nicht, erklärte er entschlossen. Noch gibt es einen andern Weg, der noch etwas Hoffnung an seinem Ziele zeigt. Wir müssen fliehen!

Wohin? meinte Helene Machtet zweifelnd. Aus der Mitte Sibiriens fliehen — wohin?

Wir müssen versuchen, die mongolische Grenze zu erreichen. Ich habe mich schon lange mit dem Plane beschäftigt und durch einen alten Brodtag über den zu nehmenden Weg werthvolle Erkundigungen eingezogen.

Manchem ist es schon gelungen, selbst aus Sibirien zu entkommen —

Nur wenigen, sagte Helene. Und einzelnen.

Entfliehe Du, Felix, flehte Sophia, überlaß mich meinem Schicksal. Ich werde wissen, was ich zu thun habe.

Ich fliehe nicht, um mein Leben, sondern um Deine Ehre zu retten.

Dein Leben ist kostbarer, als mein's — Du kannst viel nützen, viel wirken — denk' an Deine Projekte!

Ich denke an Dich! rief er in bestimmtem Tone. Wir entrinnen gemeinsam. Gelingt die Flucht nicht, so sind wir nicht schlimmer dran, als eben jetzt. Der Weg der Selbstvernichtung bleibt uns noch immer. Bereite Dich vor, Sophia — ich will inzwischen die nothwendigsten Vorgespräche machen. Helene mag Dir beistehen, denn wir müssen einen Vorsprung haben. Vor morgen früh wird Lazareff kaum etwas unternehmen. Glücklicherweise habe ich mir eine kleine Summe, bereits mit der Möglichkeit eines solchen Falles rechnend, erspart. Wir versuchen, dem Ufer des Ob folgend, Tomsk zu erreichen, dort finden wir bei den Kolonisten Schutz und Unterstützung. Dort nehmen wir, wenn möglich, Deinen Vater mit uns oder beruhigen ihn doch — dann begeben wir uns weiter nach Kusnezj und nehmen den Weg durch das Altaigebirge. Diese Route ist die günstigste und mitten im Winter die einzige, die Aussicht auf Erfolg darbietet. Entbehrungen und Leiden werden wir freilich genug auf unserem Pfade finden — aber: ich sehe keinen andern Ausweg! Was ist Dein Entschluß, mein Mädchen?

Wir fliehen, erklärte sie fest. Ich folge Dir!

Helene verjuchte nicht mehr, die Liebenden zurückzuhalten. — Die Flucht war die letzte Hoffnung, der einzige Ausweg!

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Brausewetter hat gegen den „Vorwärts“ einen Strafantrag gestellt wegen Abdrucks der Auslassungen eines höheren Richters in der „Nationalztg.“ Die meisten Zeitungen haben diese Auslassungen gebracht; natürlich ist der „Vorwärts“ wieder der äußerste „Arabe“. Auch gegen die „Nationalztg.“ hat, wie in dieser mitgeteilt wird, Brausewetter den Strafantrag gestellt, und zwar sowohl gegen den Chefredakteur der „Nationalztg.“, wie gegen den Verfasser des betreffenden Artikels. Doch hat der verantwortliche Redakteur die Nennung des Verfassers abgelehnt und die Verantwortung selbst übernommen. Brausewetter bestreitet gegenüber der Anklage, daß sein Verfahren tatsächlich die Wirkung gehabt hat, einen Meinelb herbeizuführen. Diese Prozesse dürften heiter werden.

Zu tiefe Betrübnis sind durch den glänzenden Wahlsieg unserer Blauen Genossen die Organe der Fraktion Drehscheibe gerathen. Sie können den Schmerz noch immer nicht überwinden, den ihnen der Durchfall des großen nationalliberalen „Uebel“ bereitet hat. Es wäre so schön gewesen, wenn der 23. sächsische Wahlkreis durch einen „Uebel“ vertreten gewesen wäre. Doch, es hat nicht sollen sein. Tief sinnige Betrachtungen stellen sie jetzt darüber an, welchen Ursachen die Niederlage des „Uebel“ zuzuschreiben ist und das „Ppaz. Tagebl.“, ein Schwesterorgan des „Hannov. Cour.“, findet, daß die erlittene Niederlage zum Theil dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande zuzuschreiben ist. Dieser Schmerz! Gerade die nationalliberalen Blätter sind es die immer mit vollen Waden in die Welt hinausposaunen, daß die ländliche Bevölkerung den „sozialdemokratischen Irrlehren“ nicht zugänglich sei und jetzt müssen sie — obgleich es ihnen recht schmerzhaft abgeht — zugestehen, daß unser Anhang auf dem Lande im Wachsen begriffen ist — auf dem Lande, dem letzten und festesten Bollwerk gegen die „Umsturzideen“ der Sozialdemokratie. Wir wissen den Schmerz der nationalliberalen Seelen zu würdigen. Das Organ des Herrn von Bennigsen, der da behauptete, die Sozialdemokratie habe bereits ihren Höhepunkt überschritten, nennt den in Blauen erfochtenen Sieg ein „trauriges Ergebnis“, das wieder einmal den Blick auf das Anwachsen der Sozialdemokratie in den Industriegebieten lenkt und fährt fort:

„Im Jahre 1871 wurden 2 (sächsische) Sozialdemokraten gewählt, 1874: 10, 1877: 12, 1878: 9, 1881: 12, 1884: 24, 1887 (Septennatswahl): 11, 1890: 35 und jetzt 45 Sozialdemokraten im Reichstag. Unsere großen Handels- und Industriegebiete sind in ihrer Mehrzahl in die Hände der Sozialdemokraten gefallen oder halten sich nur noch sehr mühsam und sehr unsicher, so daß man leider mit noch weiteren Abfällen wird rechnen müssen. Heute sind sozialdemokratisch vertreten: Königsberg, Berlin mit Ausnahme eines einzigen Mandats nebst zwei Vorortwahlkreisen, Stettin, Breslau, Waldenburg, Reichenbach, Magdeburg, Kiel, Altona, Hannover, Hamburg, Frankfurt a. M., Barmen, Elberfeld, Solingen, München, Nürnberg, acht sächsische Industriegebiete, außerdem Offenbach, Mainz, Braunschweig, Sonneberg, Gotha, Greiz, Gera, Hamburg, Straßburg, Mühlhausen. Behauptet, aber zum Theil mit sehr geringen Mehrheiten, haben sich noch: Danzig, Halle, Pforzheim, Hagen, Bochum, Dortmund, Hamm, Wiesbaden, Hanau, Essen, Duisburg, Saarbrücken, Ottweiler, Hof, Dresden, Leipzig, Stuttgart, Ulm, Mannheim, Bremen, Lübeck und eine Reihe katholischer Industriegebiete, wie Köln, Düsseldorf, Erfeld, Trier, Aachen. Man wird zugeben müssen, daß diese Entwicklung, namentlich was die Vertretung von Industrie und Handel betrifft, düstere Ausblicke in die Zukunft eröffnet.“

Ja, „leider“ wird „man“ noch mit weiteren Abfällen rechnen müssen; „leider“ wird auch in den ländlichen Kreisen, trotz der gegentheiligen Behauptung nationalliberaler Blätter, die Zahl unserer Anhänger größer und eröffnet den Ausbeutern „düstere Ausblicke in die Zukunft“. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Siegeslaufbahn nicht mehr aufzuhalten. Das mag für nationalliberale Blätter und deren „große Männer“ eine bittere Wahrheit sein, die sie nur widerwillig zugeben, gereicht aber der kämpfenden Arbeiterschaft zur Genugthuung und spornt sie zu immer größerer Thätigkeit an.

Auf verhängnisvollen Wegen. Aus Braunschweig wird gemeldet:

„In Folge verschiedener Brauerei-Bohotts ist auf Anregung des Vereins Braunschweiger Brauereien die Gründung einer Schützengenosenschaft gegen Boykott durch den gesamten Norddeutschen Brauereibezirk im Gange und bereits dem Abschluß nahe.“

Wir brauchen unseren Lesern wohl nicht auseinanderzusetzen, wozu diese „Schützengenosenschaft“ in Wahrheit dienen soll. Nur her damit! Die Arbeiter werden sich mit ihr abzufinden wissen, und zwar in einer Weise, die den Herren Brauereibesitzern schwere Kopfschmerzen bereiten dürfte.

Es lebe Ven Afrika. Die Bezeichnung eines Heereszuges als „Ferienkolonie“ nach dem geflügelten Wort des Oberst v. Falkenstein — eine Beleidigung, daß ist die neueste Blüthe der Rechtsprechung. Sie ist in Sachsen gemacht und präsentiert sich in dem Bericht der „Leipz. Ztg.“ wie folgt:

„Plauen, 6. Juni. Der sozialdemokratische Redakteur Johann Münzel aus Falkenstein, aus der Landesstrafanstalt Zwickau vorgeführt, wo er gegenwärtig eine ihm wegen Beleidigung erklärte Freiheitsstrafe verbüßt, wurde heute vom hiesigen Landgericht wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere des Infanterie-Regiments Nr. 12 zu Neß abgemahnt zu einem Monat Gefängnis und zur Bezahlung der Kosten verurtheilt. Diese Beleidigung hat er dadurch begangen, daß er am 11. Januar 1894 in der von ihm redigirten „Vogtländischen Volkszeitung“ zu Falkenstein einen Artikel aufnahm, in welchem von dem Regiment als von einer „Ferienkolonie“ die Rede ist — ein Ausdruck, der geeignet erschien, die Offiziere und Unteroffiziere des Regiments in der öffentlichen Meinung herabzuzuwürdigen, da er nicht anders zu verstehen war, als wenn bei

dem Regiment die Wägen der Heere und der Wägen gang noch gefordert werde.“

Wie sagte Franz Biegler einmal, als er gewisse Zustände in der Rechtsprechung beleuchtete? „Da gehe ich lieber zum Kadi, denn der sagt am Schluß seiner Urtheile nicht: Von Rechts Wegen, sondern: „Was weiß ich besser!“ Quod erat demonstrandum — dum!“

Daß auch die Postunterbeamten nicht heiraten dürfen ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten, dürfte gewiß nicht allgemein bekannt sein. Die kaiserliche Ober-Postdirektion Dresden hat ein Zeugnis ausgestellt, aus dem hervorgeht, daß der Inhaber desselben aus dem Postunterbeamten-dienste entlassen ist, „weil er sich ohne Vorwissen der Ober-Postdirektion in noch zu jugendlichen Alter verheiratet hat“. Das ist ja wirklich ein beneidenswertes Loos. Es kommt aber hinzu, daß der Liebeshäßer, ein gewisser A., seine Herren Vorgesetzten einen nach dem andern himmelhoch gebeten hatte, ihm doch das Heirathen zu gestatten und er hatte auch einen sehr triftigen Grund dazu — er wollte dem schon vorhandenen Sohne auch offiziell einen Vater geben und obwohl er damit doch gerade der bürgerlichen Moral genug thun wollte, so war es ihm nicht möglich, den Konsens zu erlangen. Er war aber zu moralisch und heirathete darum ohne Erlaubnis. Die Folge davon war die Entlassung. Zu bemerken ist, daß der Betreffende im 24. Jahre stand. Freilich, wenn die Reichspost ruhig zusehen wollte, wie ihre Beamten so mir nichts dir nichts alle heiratheten, dann müßte sie bald auskömmliche Löhne zahlen; das geht aber nicht an, weil der Militärmoloch die Postilbereschiffe braucht und darum darf sie den Beamten solche leichtfertige Handlungen nicht gestatten.

Sozialdemokratische und sogenannte „christliche“ Arbeiter. Bei den am 7. d. M. in Koblenz stattgefundenen Wahlen zum Gewerbegericht wurden als Beisitzer der Arbeitnehmer die sechs sozialdemokratischen Kandidaten mit 188 gegen 151 Stimmen gewählt. Die „Alln. Volksztg.“ jammert darüber:

„Das beschämende Ergebnis ist auf den Mangel jeder Agitation in den Kreisen der christlichen Arbeiterpartei zurückzuführen, denen es selber an einer sachkundigen Führung fehlte. Erst am Mittwoch Abend, also am Vorabend des Wahltages, hielt man es für angezogen, eine „vertrauliche Besprechung“ über die von der christlichen Arbeiterpartei aufzustellenden Kandidaten abzuhalten — im innerlichsten Geheime zu dem rührigen Eifer, welchen die sozialistischen Agitatoren entfalteten. Ueber unterließ es auch das hiesige Centrumsbüro, abgesehen von einigen in letzter Stunde veröffentlichten kurzen Bemerkungen rechtzeitig auf die große Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen hinzuweisen und in dieser Frage auffähernd und anregend zu wirken. So konnte, bant dieser bedauerlichen Lässigkeit, die Sozialdemokratie trotz ihrer numerischen Schwäche siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen.“

Das ultramontane Blatt verfolgt mit dieser Ausföhrung nicht nur die Absicht, die Thatsache zu bemängeln, daß auch die Arbeiterbevölkerung in Koblenz auf dem besten Wege ist, sich vom Klerikalismus zu emanzipiren.

Unterwerthige Ernährung der Proletarier. Einer der heftigsten Fabrikinspektoren, Herr Kraus, erklärt in dem neuesten Berichte, daß die Lebens- und Ernährungsweise der Arbeiterschaft im Durchschnitt eine den Anforderungen an die Gesundheit und Wohlfahrt des menschlichen Körpers nicht entsprechende ist. In diesem Zustande liegt eine herbe Verurtheilung der heutigen Gesellschaft, die um so mehr ins Gewicht fällt, als derjenige, der sie ausgesprochen zu den Vertheidigern dieser Gesellschaft zählt. Es bestätigt die Richtigkeit der sozialdemokratischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und wird von uns als Waffe gegen diejenige Verwendung finden, welche diese Gesellschaft zu vertheidigen sich berufen fühlen, denn eine Gesellschaft, welche so wie Herr Inspektor Kraus sagt, den größten Theil seiner Glieder langsam verhungern, also elend zu Grunde gehen läßt, kann nicht als der Inbegriff wirklicher Humanität gelten.

Zur konfessionellen Erziehung der Kinder. Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches geht die Erledigung schwieriger Fragen, die etwas auf das politische Gebiet hinübertagen, ebenso aus dem Wege, wie ihre Vorgängerin, die Kommission, welche den Entwurf aufgestellt hat. Solche Fragen werden an die Landesgesetzgebung verwiesen. In der vorigen Woche beschäftigte sich die Kommission u. A. mit der konfessionellen Erziehung der unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehenden Kinder. Man weiß, wie häufig gerade in den beiden letzten Jahren die Frage erörtert worden ist, ob die Väter über die konfessionelle Erziehung ihrer Kinder zu befinden haben sollen oder Organe des Staates oder gar Organe der Kirche, aus der die Väter ausgeschlossen sind, und man weiß auch, wie ansehbar die in dieser Hinsicht von Verwaltungsbehörden und Gerichten getroffenen Anordnungen und Entscheidungen sind. Die Optimisten, die ja immer noch nicht ausgestorben sind, trösteten sich damit, daß das bürgerliche Gesetzbuch über die konfessionelle Erziehung der Kinder Bestimmungen bringen würde, die auch die Mächthaber über die Schule nicht würden ignoriren können. Wie zu erwarten war, sind diese Hoffnungen getäuscht worden; der erste Entwurf hatte bestimmt, daß in dieser Hinsicht die landesgesetzlichen Vorschriften ganz unberührt bleiben sollten. In der Kommission für die zweite Lesung wurde zwar von mehreren Seiten beantragt, die konfessionelle Erziehung der Kinder im bürgerlichen Gesetzbuch reichsgesetzlich zu regeln, die Mehrheit lehnte aber sowohl diesen als auch einen andern Antrag ab, der nur dahin ging, wenigstens die Vorschrift aufzunehmen, daß der Minderjährige, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet habe, berechtigt sei, sein Glaubensbekenntnis selbst zu bestimmen. Die landesgesetzlichen Vorschriften sollen unberührt bleiben; in Preußen soll demnach nach

wie vor Kindern der Unterricht in einer Religionsgemeinschaft, der sie nicht angehören, wider den Willen der Väter erteilt werden können, und in anderen Staaten wird jungen Leuten die Befugnis, selbst zu bestimmen, zu welcher Religionsgemeinschaft sie sich halten wollen, abgeprochen, bis sie mündig geworden sind. Nur in einer Hinsicht ist die Kommission von dem Beschlusse, die konfessionelle Erziehung der Kinder den Landesgesetzen zu überlassen, abgegangen; sie hat beschlossen, daß dem Vormund die Sorge für die konfessionelle Erziehung des Minderjährigen entzogen werden kann, wenn er nicht dem Bekennnisse angehört, in welchem das Minderliche zu erziehen ist. Bei der Verathung der Bestimmungen über die Vormundschaft hatte man diese Vorschrift zuerst nicht aufgenommen, erst hinterher ist es gelungen, diesen Beschlusse herbeizuföhren.

Beamte und Volk. Am 5. Dezember v. J. kam der Kunstgärtner Georg Kulausk nach Naelo in Oberschlesien, um sich um eine von der gräflichen Herrschaft ausgeschriebene Stelle zu bewerben. Kulausk begab sich Abends in das Schreiner'sche Gasthaus in Naelo, wo er übernachtete. Er wurde in das für ihn bestimmte Zimmer geleitet, kam aber bald wieder herunter und betrat aus Versehen die Billardstube, in welcher der Gendarm Mielke mit dem stellvertretenden Amtsvorsteher saß. Ersterer rief ihm sofort zu: „Was willst Du hier, Du Lump!“ Kulausk gab eine unanständige Antwort und trat in den Hausflur zurück; der Gendarm, welcher ihm folgte, verfehlte ihm nach der eiblichen Aussage des K. einen Schlag, K. fiel die vier Stufen hohe Treppe, die vom Hausflur nach dem Hofe führt, hinunter und behauptete, bei dieser Gelegenheit sein linkes Bein gebrochen zu haben. Von da wurde K. nach dem großen Schaulzimmer geschafft, wo er wiederum von dem Gendarm geschimpft und nochmals geschlagen wurde; in Folge dieses Schlags fiel K. von einer Bank und brach einen Arm. Zimmerid will nun K. ausgerufen haben: „Was werde ich jetzt mit meiner Familie anfangen?“ Und erregt fuhr er fort: „Das habe ich nicht gedacht, daß es solche Schweinhunde in Deutschland giebt!“ Nach K.'s weiterer Darstellung hat darauf der Gendarm gerufen: „Was, Du Lump, Du willst schimpfen?“ und drohend setzte er ihm (nach Bestätigung auch anderer Zeugen) den Revolver auf die Brust mit den Worten: „Ich habe das Recht, Dich todtzuschießen!“ Der Stellenbesitzer Heide und verschiedene andere Zeugen bekundeten, daß K. den Gendarm gefragt habe: „Warum schlagen Sie mich mit dem Säbel?“ worauf Mielke geantwortet habe: „Dazu habe ich ihn ja!“ Der stellvertretende Amtsvorsteher gab sich sodann als Arzt aus, untersuchte den K. und konstatarie, „daß ihm nichts gebrochen sei.“ K. wurde nach seinem Zimmer geschafft und am anderen Morgen dem Kreiskrankenhause zu Tarnowitz überliefert, in dem er vier Monate zubrachte; er ist aber Krüppel geblieben. Gegen Mielke verhandelte am 5. Juni die Strafkammer in Beuthen. Staatsanwalt Ubbé hielt, wie die „Oberschl. Grz. Ztg.“ berichtet, den Angeklagten für überführt und war der Ansicht, daß solches Betragen eine exemplarische Strafe verdiene; er beantragte in Folge dessen 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Der Gerichtshof billigte aber dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Wegen Körperverletzung im Unte erhielt Mielke 1 Monate Gefängnis. — Mielke ist jetzt, wie wir dieser interessanten Gerichtsverhandlung hinzufügen können, Strafanstaltsaufseher in Striegau. — Negliche Bemerkung ist dazu überflüssig.

Freisinnig-reaktionäres. In Breslau hatte der Stadtverordnete Rechtsanwält Heilberg, einer der Führer der freisinnigen Volkspartei daselbst, den Antrag auf Herabsetzung des kommunalen Wahlzensus von 900 auf 660 Mark gestellt. Es würden bei Annahme dieses Antrages und dessen Befolgung durch den Magistrat den jetzt vorhandenen rund 20,000 Kommunalwählern etwa weitere 20,000 Wähler neu hinzugeführt worden sein. Der Antrag ist, von der Mehrheit der breslauer Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden. Diese Mehrheit bildeten die Männer des antisemitisch-konfessionell-nationalliberalen Kartells, Rickerianer und Anhänger der Auchfreisinnigkeit. Die Mannen Eugens schwenken immermehr in das reaktionäre Fahrwasser ab. Nur weiter so! Auch dem Blödesten werden dadurch die Augen über die „wahren Ziele“ des Freisinnes angeknüpft.

Wie sich der Freisinn mit fremden Federn schmücken will. Die freisinnige Volkspartei will bekanntlich auf ihrem im Herbst stattfindenden Parteitage sich ein neues Programm geben, in welches auch sozialpolitische Forderungen aufgenommen werden sollen. Herr Eugen Richter, der noch immer die alleinigmachende Manchestertheorie anbetet, hat sich dem zwar lange widersetzt, aber er hat endlich nachgeben müssen, wenn er auch versuchen wird, diese Forderungen auf ein geringfügiges Minimum zusammendrücken. Die Herren Freisinnigen fühlen gar sehr am eigenen Leibe, daß sie mit ihrer nackten Manchestertheorie und mit ihrem einseitigen Verlangen nach bürgerlicher Freiheit, das sie zudem bei jeder Gelegenheit im entscheidenden Augenblick fein käuberlich verstecken, keinen Hund mehr vom Ofen locken. Speziell die Arbeiter, welche die Nothwendigkeit energischer sozialer Reformen am eigenen Leibe empfinden, haben den Freisinn, der nicht einmal den Muth hat, für seine eigenen Forderungen kraftvoll einzustehen, längst den Rücken geföhrt. Dieser Flucht soll nunmehr das „sozialpolitische Programm“ Einhalt thun. Für dasselbe ist jetzt von einer Kommission des fortschrittlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt in Berlin ein Entwurf ausgearbeitet, der folgende Forderungen aufstellt:

In Burgstätt (Sachsen) stellten am Donnerstag sämtliche 92 Arbeiter des Ludner'schen Strumpfwaarengeschäftes die Arbeit ein. — Am Freitag hatte die Betriebsleitung Lohnkürzungen angekündigt und zwar

anz Strumpflängen 25 v. H.,
plattirte Herrenwesten 30 v. H.

Dagegen wollte sich das Geschäft verpflichten, die Arbeitszeit voll aufrecht zu erhalten und für volle Beschäftigung Sorge zu tragen. Die Arbeiter beantworteten diese Vorschläge mit einem Schriftsatz, worin sie die Lohnkürzungen ablehnten, dagegen sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit verstehen wollten. Die Betriebsleitung ließ die Eingabe unbeantwortet, kündigte 8 Arbeitern und setzte die Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden herab, von 8—12 Uhr Vormittags. Gegen diese verkürzte Arbeitszeit hatte Niemand etwas einzuwenden. Die Ursache des Streites ist lediglich in der Entlassung der acht Kameraden zu suchen. Die weiblichen Arbeiter des Geschäftes arbeiten weiter.

Für die Nachwahl im Wahlkreise Osterburg-Stendal ist seitens der sozialdemokratischen Partei Genosse Heinze als Kandidat aufgestellt worden.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M. Strafkammer. In mehrfacher Beziehung lehrreich und erheiternd ist ein Verbrechen, der sich heute vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts abspielte. Denn er zeigt, daß der berühmte § 360, 11 des Strafgesetzbuchs, der vom groben Unfug handelt, auch auf gewisse Naturlaute anwendbar ist, und daß man sich andererseits durch Veröffentlichung eines Strafzettels strafbar machen kann. Im Oktober v. J. hatte eine Schlosser in Wödingen einen Strafbefehl über Nr. 3 bekommen, „weil er nächtlicher Weile durch Pfeifen und Singen und lautes Streichenlassen von Winden ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt und groben Unfug verübt hatte.“ Der Schlosser übersandte

den Strafzettel an die hiesige „Volkstimme“, und das Blatt veröffentlichte ihn am 1. November mit dem Aufsatze: „Der deutsche Staatsbürger erfreut sich einer solchen Fürsorge der hohen Behörden, daß, wie dieser Strafbefehl zeigt, kein ungebührlicher Streich ungerochen bleibt.“ Daß sich die „Volkstimme“ durch diese Veröffentlichung eines Vergehens gegen das Verbrechen schuldig gemacht hatte, erfuhr der verantwortliche Redakteur G. Hoch durch eine Anklage der Staatsanwaltschaft, denn nach § 17 dieses Gesetzes dürfen die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens nicht eher durch die Presse veröffentlicht werden, als bis sie in öffentlicher Verhandlung kundgegeben sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Beendet aber war das Verfahren gegen den Schlosser am 1. November, dem Tage der Veröffentlichung, noch nicht. Denn der Schlosser hatte richterliche Entscheidung angerechnet, und diese erfolgte erst im Januar d. J., als das Schöffengericht den Strafbefehl über Nr. 3 bestätigte. Der Gerichtshof verurteilte den Redakteur wegen der vorzeitigen Veröffentlichung des Strafzettels zu Nr. 30 Geldstrafe.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Gegen den Rektor a. D. Reichs-Rat geordneten Althardt stand am Sonnabend vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I Termin zur Hauptverhandlung wegen Verleumdung des Finanzministers Dr. Miquel an. Der Termin ist im letzten Augenblick aufgehoben worden. Es verlautet, daß, nachdem die in Frage stehende Angelegenheit durch den langwierigen Prozeß gegen Plack und Genossen vollständige Aufklärung gefunden, der Minister auf eine Bitte des Angeklagten den Strafantrag gegen diesen zurückgezogen hat. Pest. Die Kabinettskrisis ist insofern in ein günstiges Stadium getreten, als Welerie, wie das „Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ meldet, thatsächlich mit der Bildung des Ministeriums betraut wurde und zugleich die Ermächtigung erhielt, daß die Befehle des Justizministeriums durch Szilagyi erfolgen könne. Die

Entschliessung des Kaisers ist bis jetzt jedoch noch nicht erfolgt und konnte auch noch nicht erfolgen, weil Welerie mit der Bildung des Kabinetts noch nicht fertig ist. Soviel steht indessen fest, daß außer dem Kultusminister Esaky und dem Ackerbauminister Bethlen Niemand aus dem Ministerium ausscheiden wird. Sonnabend endlich nun wurde die Krisis zu Ende geführt. Welerie ist Premier geblieben, ebenso Szilagyi Justizminister, nur die beiden obengenannten Minister sind also ausgeschieden.

Ortschaften.

W. Dietl. Ihre Erklärung kann nur wie diejenige des Herrn Jährs gegen Erhaltung der Inserationsgebühren im Inseratentheil aufgenommen werden. Ihre Eingabe steht daher zur Verfügung.

Angewandte und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Sonntag, den 10. Juni.
8,45 U. V. D. Orion, Larson, von Kopenhagen in 12 Std.
8,45 U. V. D. Ulmeta, Kleiner, von Königsberg in 87 Std.
4,— U. N. D. Dana, Johansen, von Stockholm in 46 Std.
5,35 U. N. D. Heva, Jörelberg, von St. Petersburg in 82 Std.
7,05 U. N. D. Strassburg, Dinger, von St. Petersburg in 82 Std.
9,— U. N. D. Thetia, Westphal, von Wismar in 4 Std.

Abgegangen:
Montag, den 11. Juni.
9,— U. V. D. Luba, Lomer, von Königsberg in 40 Std.
9,30 U. V. D. Palmstab, Lundin, von Kopenhagen in 12 Std.
4,— U. V. D. Stadt Stolp, Thiede, von Stolpmünde in 80 Std.

Abgegangen:
Sonntag, den 10. Juni.
4,10 U. N. D. Orpheus, Wesse, nach Königsberg.
6,50 U. V. D. Feltz, Hannemann, nach St. Petersburg.
6,50 U. V. D. Hansa, Stephan, nach Alban.
8,15 U. V. D. Adler, Fischer, nach Wismar.
9,— U. N. D. Thetia, Westphal, nach Wismar.
12,30 U. N. D. Dora, Bremer, nach Danzig.
9,— U. N. D. Kant, Wulf, nach Königsberg.
7,05 U. N. D. Orion, Larson, nach Kopenhagen.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,62 m D., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Nautilus ist am 7. d. M. in Kronstadt angekommen.
D. Dana ist am 7. d. M. Danab polst.
D. Libed ist am 9. d. M. von Huddisvåg auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Geschäfts-Anzeigen.

Streichfert. Oelfarben
fix und fertig z. Gebrauch,
schön mit Glanz trocknend,
in allen Quantitäten billigst.

!!! Versandt stets prompt!!!

Ferd. Kayser, Farben u. Drogen,
Breitestrasse 81.

306ste
Hamb. Geld-Lotterie.

Der größte Gewinn ist im glücklichsten Fall

Mk. 500 000

Ziehung 1. Classe: 13. und 14. Juni.

Glücks-Lose

$\frac{1}{2}$ Mk. 3,— $\frac{1}{4}$ Mk. 1,50 $\frac{1}{8}$ Mk. —,75
empfiehlt und versendet

Paul Würzburg,
Lübeck, 32 Schüsselboden 32.

Großes Lager
aller Arten Uhren
mit 3 jähriger Garantie zu
sehr billigen Preisen.
Uhren-Reinigen 1,50 Mk.
Feder-Einsetzen 1,50 Mk.
Th. Köhler, Uhrmacher,
70 Untertrave 70,
Ecke der Fischergrube.

Für
Expedition und Lager
von Koffern etc.
(auch wird Vorschuss bewilligt)

empfehlen sich das
Lagerhaus und Expeditions-Geschäft
52 Fischergrube 52.

Sehr schöne französische, Magnum-bonum
und blaue Kartoffeln, billigst.

Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

H. Schreiber
Zahntechniker,
Obertrave 6, nahe der Holstenstr.



Uhren reinigen. . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,80.

Aug. Büttner,

Uhrmacher,
76 Glockengießerstraße 76.

A. L. Mohr's Margarine-
Lager
bei **Ludw. Hartwig.**

Vergnügungen.

Wilhelm-Theater.

Fernsprecher 373.

Dienstag den 12. Juni:

Gastspiel des königl. sächsischen Hof-
schauspielers Herrn **Emil v. d. Osten.**

Unser Biegnier.

Lustspiel in 4 Akten von Justinus.

Anfang 7 Uhr.

Duquembilletts haben heute keine Gültigkeit.

TIVOLI.

Dienstag den 12. Juni 1894:

4. Vorführung der
elektrischen Demonstrationen
bei erhöhten Preisen.

Elektrisches Orchester,

dazu Theater-
u. Specialitäten-Vorstellung.

Von 6 bis 8 Uhr:

Grosses Garten-Frei-Concert.

Auf vielseitigen Wunsch:

Das vierte Gebot.

Lebensbild in 1 Akt.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kein Vorverkauf. Sonntagspreise.

Stellen-Angebote.

Gesucht ein gewandter Hausknecht.
Lübecker Badeanstalt, Hüßstraße 180.

Vermischtes.

Gesunden ein Portemonnaie mit Geld. Gegen
Erstattung der Inserationskosten ab-
zufordern bei Dreilig, siebente Quersstraße 12.

F. M. & Co.

am Mittwoch den 13. Juni,
Abends 9 Uhr.

Witten die werthen Gewerkschaften folgende Mitglieder des Vereins der **Höler**
und **Kleinhändler** beim Einkauf berücksichtigen zu wollen, da für gute und reelle
Waaren bestens gesorgt ist. Sämtliche Vereinsmitglieder müssen das Vereinschild
sichtbar angebracht haben.

Dücker, Hundestraße 23, Hölerei, Fettwaaren,
Brod- und Flaschenbierhandlung.

Schmehl, Hundestraße 8, Hölerei, Brod-
u. Flaschenbierhandlung.

Sommer, Tinkenbogen 20, Porzellan,
Steingut u. Brodhandlung.

Hoff, Glockengießerstraße 74, Hölerei, Fett-
waaren- u. Brodhandlung.

Sauerader, Glockengießerstr. 22, Hölerei,
Fettwaaren- u. Flaschenbier-
handlung.

Lange, gr. Gröpelgrube 63, Hölerei, Brod-
u. Flaschenbierhandlung.

Römer, n. Gröpelgrube 24, Tabak- und
Cigarenhandlung.

Grodts, Adolphstr. 2, Colonialwaaren, Brod-
u. Flaschenbierhandlung.

Meier Wwe., Langereihe 31, Hölerei,
Spirituosen, Flaschenbier,
Brod- u. Fettwaarenhandlung.

Schweber, Arminstraße 12 a, Hölerei
u. Fettwaarenhandlung

Grammann, Ernststraße 20, Hölerei,
Brod, Fettwaaren- und
Flaschenbierhandlung.

Berott, Schmutzampstraße 20, Fettwaaren-
und Herings-Handlung.

G. Kreuzsch, Lindenstraße 85, Petroleum-
und Seifen-Geschäft.

H. Freitag, Stabenstraße 43, Colonial-
u. Fettwaarenhandlung.

H. Lübke, Hüßstr. 80, Fettwaaren, Grütze,
Graupen- u. Mehlhandlung.

B. Rühl, Regienstr. 17, Frucht, Gemüse-
u. Kartoffelhandlung.

H. Schering, a. d. Mauer 60 u. Glocken-
gießerstraße 62, Tabak- u.
Cigarenhandlung.

F. Riebusch, Krähstr. 12, Colonial-,
Fettwaaren-, Kartoffel- u.
Flaschenbierhandlung.

Menf, St. Annenstr. 10, Brenn-Materialien-
u. Kartoffelhandlung.

F. Wehrend, Balauerföhr 2, Brenn-
Materialien, Brod, Kar-
toffel- und Flaschenbierhandlung.

H. Sachau, Gartenstraße 11, Colonial-,
Fettwaaren- u. Flaschenbier-
handlung.

H. Holst, Engelswisch 49, Fettwaaren-
Brod, Flaschenbier- u. Herings-
handlung.

Diejenigen Mitglieder, welche ihre Adresse noch nicht aufgegeben haben, werden
dringend gebeten, sich beim **Vorsitzenden, Hundestraße 8,** zu melden.
Die Vereinschilder sind daselbst in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand.

Schirm-Reparaturen,
rasch, sauber, billig.
Waffenstraße 9.

Zu vermieten.

Ein Logis; Mühlenstr. 91/6.

Durch Zufall noch eine Wohnung zum 1. Juli
zu vermieten. Engelsgrube 77/11.